

Ist der selbstmandatierte Mazedonien-Einsatz nur ein Vorspiel?

Der inszenierte Krieg in Mazedonien

Mit neuen Lügen in den neuen Bundeswehr-Einsatz?

Oder: "Einsammeln, was man selbst geliefert hat?"

Mit Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisation (IMI), Tübingen

Auch vor den Anschlägen in den USA war bereits unübersehbar: die Militarisation internationaler Politik - und insbesondere von Konflikten – schreitet voran! Ursprünglich sollten an diesem Abend hauptsächlich die offenbaren Widersprüche und offenen Fragen des aktuellen NATO-Einsatzes in Mazedonien beleuchtet werden:

- wer hat eigentlich mit welchem Interesse die reichlich vorhandenen Waffenarsenale geliefert?
- Haben die westlichen Staaten nicht entscheidende Mitschuld an der kriegerischen Situation?
- Aufgrund welcher Logik soll das "Waffeneinsammeln" überhaupt funktionieren (obwohl das seit dem Kosovo-Krieg im Kosovo selbst in zwei Jahren nicht möglich war)?
- Wird nicht möglicherweise demnächst herauskommen, dass die NATO-Staaten - und insbesondere die BRD - mehr Waffen geliefert haben, als sie letztendlich "geerntet" haben?
- Wieso beurteilen viele Menschen in Mazedonien die NATO-Truppen eher als Besatzer denn als Teil einer friedlichen Lösung?
- Wieso wollen Fischer und auch die CDU den "Parlamentsvorbehalt" gegen den Einsatz aushebeln und gegen die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung hierzulande unbedingt mit in den Krieg ziehen - und wieso wollen die üblichen Verdächtigen allesamt auch noch reichlich zusätzliches Steuergeld des kleinen Mannes in weiterer Hochrüstung verpulvern?

Nun aber, nach den beispiellosen Terroranschlägen in New York und Washington, ist zu befürchten, dass der Mazedonien-Einsatz nur ein kleines Vorspiel für eine massive militärische Eskalation sein könnte, bei der ein differenzierter Blick für internationale Zusammenhänge, Ursachen und Wirkungen verstellt wird.

An solchen Entwicklungen werden wir an diesem Abend nicht vorbeigehen können und wollen. Entsprechend heißt es in einer Erklärung verschiedener Friedensorganisationen:

"...Die Welt droht nach dem 11. September 2001 kälter und kriegerischer zu werden. Mit dem Entsetzen und Mitgefühl für die Opfer und deren Angehörige verbindet sich auch die Furcht, dass die US-Administration nach dieser beispiellos brutalen Terroraktion in der Logik der Gewaltspirale zurückschlägt und neue Eskalationen folgen. Nachzudenken ist auch über die politischen Bedingungen, die es möglich gemacht haben, dass ein Teil der Menschen in einigen Völkern "den Westen" und insbesondere die USA so hasst, dass eine Gruppe von Terroristen anscheinend meint, sich bei ihrem Massenmord auf diese Unterdrückten beziehen zu können. Wir sind mit den Menschen in den USA in ihrem Schock und Leiden uneingeschränkt solidarisch. Das kann aber nicht heißen, mit allen möglichen Entscheidungen der US-Regierung im "monumentalen Kampf", den "das Gute gegen das Böse" nach Präsident Bush jetzt zu führen hat, einverstanden zu sein und sich per NATO-Bündnisfall vielleicht an militärischen Racheaktionen zu beteiligen oder sie zu unterstützen. ..."

In der Tat: wenn die Bundesregierung jetzt die "breite Solidarität des deutschen Volkes" einfordert, kann das für uns nicht heißen, alle Diskussionen, die etwa nach Genua in aller Munde waren, hintanzustellen: dass nämlich von einer "Neuen Weltordnung" wie sie die "G 8" propagieren, überhaupt keine Rede sein kann – eher von einer neuen "**Weltunordnung**". Diese (kapitalistische) Form der Globalisierung hat nicht zu einer sozialen und ökonomischen Entwicklung der ärmsten Länder geführt, sondern hat sie den multinationalen Konzernen weiter zum Fraß vorgeworfen. Deren Logik (die offenbar einzig am Profit orientiert ist), scheint zu allem fähig, nicht aber dazu, für ausreichend Nahrung, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit und Arbeit in der Welt zu sorgen.

VeranstalterInnen: Bhf Lgdr/Politik, DFG-Vk, Bochumer Friedensplenum

Mittwoch, 24.10., 19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer